



Prioritäten der Schweiz für die 73. Tagung der UNO-Generalversammlung

Die aussenpolitischen Interessen und Werte der Schweiz sind weitgehend deckungsgleich mit den Zielen und Grundsätzen der UNO. Die UNO ist daher ein zentrales Instrument für die Umsetzung der aussenpolitischen Ziele sowie die Wahrung der Interessen und die Förderung der Werte der Schweiz, wie sie in der Bundesverfassung verankert sind. Die Prioritäten orientieren sich an den zwei strategischen Hauptachsen des Schweizer UNO-Engagements für die Dekade 2012–2022: Frieden und Sicherheit sowie Reform der UNO.

Die Schweiz setzt sich folgende Prioritäten:

Frieden und Sicherheit

Im Bereich Frieden und Sicherheit bleibt die Stärkung der Konfliktprävention, beispielsweise mittels systematischer Verankerung der Menschenrechte in sicherheitspolitischen Debatten, eine Priorität der Schweiz. Die neu geschaffene und von der Schweiz ko-präsierte überregionale Staatengruppe für Menschenrechte und Konfliktprävention bildet eine wichtige Plattform für das Schweizer Engagement. Die Friedenskonsolidierung («Peacebuilding») und das von der Schweiz aktiv vorangetriebene Konzept der Aufrechterhaltung des Friedens («Sustaining peace») bleiben prioritäre Aktionsfelder. Die Schweiz wird den Vorsitz der Burundi-Konfiguration wie auch ihren Einsatz für die Bewältigung vergangener Verbrechen und die Prävention von Gräueltaten fortsetzen. Im Bereich Terrorismusbekämpfung und Prävention von gewalttätigem Extremismus stehen unter anderem Ursachenbekämpfung sowie Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund. Das Engagement für «Frauen, Frieden und Sicherheit» wird weitergeführt. Aufbauend auf ihrer erfolgreichen Präsidentschaft der Genfer Abrüstungskonferenz, wird die Schweiz auch im Abrüstungsbereich weiterhin Akzente setzen, um die Herausforderungen im Bereich Kernwaffen, konventionelle Waffen oder neue Technologien anzugehen. Ihr Engagement für die Reform der Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrats wird fortgeführt.

Menschenrechte

Die Schweiz treibt die Stärkung des Menschenrechtsrats und der Menschenrechte im gesamten UNO-System weiter voran. Sie stärkt damit auch das internationale Genf als globales Kompetenzzentrum für Menschenrechte. Im Bereich der Menschenrechte verfolgt die Schweiz weiterhin folgende Prioritäten: Abschaffung der Todesstrafe, Durchsetzung des Folterverbots und Förderung von menschenwürdigen Haftbedingungen, besondere Achtung der Frauen- und Kinderrechte sowie der Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten, Stärkung ziviler Akteure im Bereich der Menschenrechte, Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern sowie die Respektierung der Menschenrechte im Kontext friedlicher Proteste, Kampf gegen die Straflosigkeit und gegen Korruption mit Auswirkungen auf die Menschenrechte sowie spezifische Ländersituationen. Die Schweiz engagiert sich zudem aktiv in den Diskussionen in Genf, welche die Verbesserung der Arbeitsmethoden des Rates zum Ziel haben.

Nachhaltige Entwicklung

Die Schweiz unterstützt die Reformbestrebungen der UNO-Führung zur Stärkung des UNO-Entwicklungssystems und die Staatengemeinschaft mit konkreten Empfehlungen darin, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung effizient umzusetzen. Sie setzt sich ebenfalls für eine wirksame Ausgestaltung des Überprüfungsmechanismus der Agenda 2030 ein. Ein wichtiges Ziel ist es, Synergien zwischen der Generalversammlung, deren Ausschüssen und dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) besser zu nutzen und Doppelspurigkei-

ten zu vermeiden. Im Bereich der Entwicklungsfinanzierung engagiert sich die Schweiz insbesondere für innovative Finanzierungsmodelle. Partnerschaften zwischen der UNO und dem Privatsektor sollen gestärkt werden. Zudem engagiert sich die Schweiz weiterhin in den Verhandlungen zu einem «Global Pact for the Environment». Auch das Engagement für die Verbesserung der Wassergouvernanz im UNO-System wird fortgeführt. Ferner wird sich die Schweiz im Rahmen der Gesundheitsausserpolitik anlässlich zweier hochrangiger Veranstaltungen für die Bekämpfung von nichtübertragbaren Krankheiten und von Tuberkulose engagieren. Sie wird sich zudem für eine verbesserte Umsetzung der Gesundheitsversorgung in Notsituationen und für eine umfassende gesundheits- und menschenrechtsbasierte Suchtpolitik einsetzen.

Migration

Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass im Dezember 2018 in Marokko ein ambitionierter «Global Compact on Migration» mit Umsetzungs- und Überprüfungsmechanismen verabschiedet wird. Sie unterstützt das Ziel dieses globalen Rahmenwerkes, auf der Grundlage bestehender Normen und Verpflichtungen die globale Migration künftig sicherer, geordneter und geregelter zu gestalten. Die Schweiz unterstützt auch die Verabschiedung und Umsetzung des zweiten angestrebten Rahmenwerkes, des «Global Compact» für Flüchtlinge.

Humanitäre Hilfe

Die Schweiz setzt sich für eine Stärkung und Reform der humanitären Hilfe ein. Sie fordert, dass sich die UNO mit neuen Akteuren, Ideen und Arbeitsmethoden auseinandersetzt, um effizienter und effektiver Hilfe und Schutz für Menschen in Not zu gewährleisten. Thematische Schwerpunkte sind der Schutz der Zivilbevölkerung, der Zugang von humanitären Akteuren zu Notleidenden, der Schutz der medizinischen Mission und Einrichtungen sowie generell der Respekt und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der humanitären Prinzipien. Die Schweiz engagiert sich weiter in der Katastrophenvorsorge und der Stärkung der Prävention von Krisen und der Resilienz der davon betroffenen Menschen. Die Schweiz wird zudem im Mai 2019 als Gastgeberland den Ko-Vorsitz der «Global Platform» übernehmen, dem grössten internationalen Treffen im Bereich Katastrophenvorsorge.

Management und Budget

Die Schweiz setzt sich für eine UNO ein, die ihre Mandate effektiv und effizient umsetzen kann. Sie unterstützt die UNO-Reformen für eine gute Führung und Verwaltung sowie eine adäquate Finanzierung der UNO für die wirksame Umsetzung ihrer Mandate. Die Etablierung einer zeitgemässen Managementkultur auf allen Ebenen der UNO steht dabei im Zentrum. Die Schweiz setzt sich ebenfalls mit Nachdruck dafür ein, dass die Politik der Nulltoleranz gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in UNO-Feldeinsätzen sowie gegenüber Belästigung am Arbeitsplatz wirksam umgesetzt wird.

Internationales Genf

Die Stärkung des internationalen Genf als Zentrum der globalen Gouvernanz bildet ein transversales Element für das Schweizer Engagement in Bereich der UNO-Politik. Die in ihrer Art einmalige Konzentration von internationalen Organisationen, Akteuren und Kompetenzen soll noch stärker für die Lösung der zunehmend komplexen globalen Herausforderungen genutzt werden. Die Schweiz setzt sich insbesondere dafür ein, dass Genf als Drehscheibe für die neuen Themen an der Schnittstelle zwischen Politik, Gesellschaft, Innovation, Wissenschaft und Wirtschaft genutzt wird, namentlich im Bereich der Internet Gouvernanz. Um diesen komparativen Vorteil zu halten, sollen die institutionellen Rahmenbedingungen für die Behandlung künftiger Themen und Herausforderungen optimiert werden. Parallel dazu soll sich Genf weiterhin als Austragungsort von Friedensgesprächen positionieren. Eine weitere Priorität stellt die Modernisierung des Immobilienparks dar.